

Danziger Zeitung.

Nr. 18673.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag, Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethierhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Beitrag, 28. Dezbr. Das „Amtsblatt“ veröffentlicht die kaiserlichen Handschriften betreffend die auf eigenes Ansuchen erfolgte Entlassung des Freiherrn v. Dreß von seinem Posten als Minister am kaiserlichen Hoflager und betreffend die Ernennung des Sectionschefs v. Stöckert zum Minister a. latere. Außerdem wird die Verleihung des Großkreuzes des St. Stefansordens sowie der Würde eines ungarischen Oberstkammerers an den Frhrn. v. Dreß bekannt gegeben.

London, 28. Dezember. Nach einem Telegramm aus Mexiko ist das Gesetz über die Abänderung der Verfassung, wonach die Wiederwahl des Präsidenten für eine zweite Amtsperiode für zulässig erklärt wird, gestern amtlich veröffentlicht worden.

Neapel, 28. Dezember. Die Leiche Schliemanns ist nach der Leichenhalle des englischen Kirchhofs gebracht worden, wo dieselbe bis zur Ueberführung nach Athen verbleibt. Die Einbalsamierung der Leiche wurde von Prof. Dr. v. Schrön vorgenommen.

Nizza, 27. Dez. In Tourettes-près-Vence kam es gestern zwischen Gendarmen und italienischen Arbeitern, die auf der von Nizza nach Genua führenden Eisenbahnlinie beschäftigt sind, zu Thätlichkeiten. Die Gendarmen, welche mit Steinen beworfen wurden, machten von der Feuerwaffe Gebrauch. Ein Arbeiter wurde getödtet und ein anderer verwundet.

Sofia, 28. Dezember. Die Sobranje ist heute geschlossen worden; die Thronrede, welche den Schluss der Session ausdrückt, wurde von dem Fürsten Ferdinand verlesen. Der Fürst wurde bei seinem Eintritt in den Saal, wie beim Verlassen desselben mit lebhaften Zurufen begrüßt. — Das von der Sobranje angenommene Budget für 1891 weist an Einnahmen 80 478 700 Lei, an Ausgaben 79 363 422 Lei auf und ergibt somit einen Ueberschuss von 1 115 278 Lei.

Athen, 27. Dezbr. Constantinopulos, Depulirter für Arkadia, ist zum Präsidenten der Kammer gewählt worden. Das Bureau hat sich gleichfalls bereits constituirt.

Petersburg, 28. Dezbr. Der „Moskowskaja Wiedomosti“ zufolge sollen nach dem neuen Zolltarif folgende Stoffe, Zücher, Trikotagen, Bänder, Posamenten, Tüll, Gammel und Blüsch mit 660 Kopeken pro Pfund, halbseidene Zücher und Stoffe mit 330 Kopeken pro Pfund besteuert werden.

Washington, 27. Dezbr. Der Postvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten betreffend die Einrichtung schwimmender Postämter auf den Postdampfern behufs Bearbeitung der gesammelten Post während der Fahrt ist heute in Washington abgeschlossen worden. Die neue Einrichtung, welche eine sehr erhebliche Verbesserung des Postdienstes darstellt, beginnt für Deutschland mit dem 1. April, für Nordamerika mit dem 15. April.

Politische Uebersicht.

Danzig, 29. Dezember.

Socialdemokratische Agitation auf dem Lande.

Im „B. Volksbl.“ veröffentlicht der socialdemokratische Parteivorstand einen Aufruf, daß diejenigen Parteifreunde, welche sich zu Zeitungsartikeln oder Broschüren auf dem Gebiete der ländlichen Arbeiterfrage für befähigt halten, solche Arbeiten an den Vorstand einsenden oder über deren Abfassung etc. sich mit ihm in Verbindung setzen, und daß die-

jenigen, welche vermöge persönlicher Erfahrungen dazu in der Lage sind, kleinere Mittheilungen und interessante Notizen an den Vorstand gelangen lassen möchten. Die Aufforderung ist eine Consequenz des hiesigen Beschlusses, den „ländlichen Proletariat“ in die socialistische Agitation hinein zu ziehen.

Daß die socialdemokratische Partei die Ausdehnung der Agitation auf das plattliche Land, welche sie wiederholt und mit erneuter Bestimmtheit seit dem Erscheinen des Socialistenorgans in Aussicht gestellt hat, als eine etwas schwierige Aufgabe erkennen würde, war von Anfang an zu erwarten; gerade den Kreisen, aus denen die socialdemokratische Partei sich bisher vorzugsweise rekrutirt, denjenigen der industriellen Arbeiter, sind die ländlichen Verhältnisse, wenn überhaupt, so nur noch aus Erinnerungen an ihre Jugend bekannt. Zur Einleitung einer ernsthaften Agitation auf dem Lande bedarf es zunächst vielfacher persönlicher Anknüpfungen und einer gewissen Kenntniß der lokalen Verhältnisse. So lange diese fehlt, würden auch Broschüren, die etwa im Jargon des „Berl. Volksbl.“ geschrieben wären, bei der ländlichen Bevölkerung wenig Erfolg haben. Der Aufruf an die Parteigenossen, den das „Volksblatt“ veröffentlicht, ist offenbar bestimmt, die Lücken in den Agitationsmitteln auszufüllen. Ob dieser Weg sich als gangbar erweisen wird, darüber läßt sich vor der Hand kaum ein Urtheil fällen. An Unzufriedenheit fehlt es natürlich auch in den Höfen der ländlichen Arbeiter nicht; ob aber die socialdemokratische Partei gerade dazu befähigt ist, diesen Unzufriedenen ein besonderes Vertrauen in ihre Hilfe einzufloßen, ist eine andere Frage. Die socialdemokratischen Utopien an den Zukunftsstaat, in dem es kein Privateigenthum, also auch keinen privaten Grundbesitz mehr giebt, bewegen sich doch auf einer ganz anderen Linie, als die Wünsche der Landbevölkerung, die zunächst in dem Erwerb eines, wenn auch kleinen Grundbesitzes gipfeln. Man darf gespannt sein, wie die Herren Liebknecht und Gen. diese schwierige Aufgabe lösen werden, ohne sich dem Vorwurf der Inconsequenz auszusetzen.

Jedenfalls aber sollte diese auf das flache Land gerichtete Agitation der Socialdemokraten für die ländlichen Besitzer ein neuer Sporn sein, der Unzufriedenheit der ärmeren Landbevölkerung zu steuern, wo dieselbe begründet ist und gerechten Anforderungen nachzugeben. Die beste Gelegenheit ist jetzt gegeben anlässlich der Landgemeindevorstellung. Sehr mit Recht warnte gestern in Dirschau auf einer Versammlung ländlicher Besitzer (über welche wir im provinziellen Theile näher berichten) ein selbst der conservativen Partei angehöriger Redner davor, nach dem Muster der Conservativen im Landtage den unteren Klassen auf dem Lande die geringe Rechteerweiterung vorzuenthalten, welche die Regierungsvorlage vorsieht; mit Recht machte er darauf aufmerksam, daß ein solches Festhalten an dem gegenwärtigen Zustande das beste Wasser auf die Mühle der socialdemokratischen Agitation auf dem Lande sein würde. Möchte diese Stimme im conservativen Lager nicht ungehört verhallen und dazu beitragen, den Widerstand zu brechen, der bei der bisherigen Majorität des Abgeordnetenhauses vorherrscht gegen Forderungen wie Verordnungsrecht der Krone bei Gemeindebildungen und Aufhebung von Gutsbezirken, Ausdehnung des Wahlrechts zu den Gemeindevertretungen, geheime Wahl, Verfassung der Bestätigung der Gemeindevorsteher nur unter Angabe von Gründen, alles Forderungen, bei denen die Liberalen sich theils eins mischen mit der Regierung gegen die Confer-

das mittelländische Meer von Monaco aus, der letztere giebt eine Ansicht des Hafens von Nemph. Auch im übrigen hat die Theaterleitung alles Mögliche gethan, um die Vorstellung belebt und interessant zu machen, und das Publikum hat nicht verabsäumt, Herrn Director Rosé, der selbst die Regie geführt hat, vorzurufen und ihm lebhaft zu applaudiren. Was die Darstellung im Einzelnen betrifft, so muß vor allen Herr Bing genannt werden, der für den Jonathan Tripp seine ganze homische Kraft einsetzte und damit einen glänzenden Erfolg hatte. Weniger glücklich war der Mr. Vandergold des Herrn Wenckhaus. Es fehlt doch schon eine starke Concentration voraus, wenn ein Millionär sein ganzes Vermögen weg-schenkt; aber von der Blasiertheit und Spleenhaftigkeit Vandergolds, aus welcher sich jener Enthusiasmus erklärt, war im 1. Akt wenig zu merken. In der weiteren Entwicklung der Partie zeigte sich Herr Wenckhaus als gewandter Darsteller. Frau v. Weber bewährte ihr treffliches Darstellungstalent als Harriet wieder glänzend und Fr. Calliano war als Molly anmuthig und höchst drollig, wenn auch der Gesang nicht auf der Höhe ihrer übrigen Darstellung stand. Die Ensembles gingen gut, Kapellmeister (Fr. Manas) und Orchester thaten ihre volle Schülbigkeit und das Haus nahm die gebotene Darstellung äußerst beifällig auf.

Weibliche Aerzte.

Auf zwei Dinge sollte es allein ankommen bei der Frage der weiblichen Aerzte: giebt es Frauen, die Medicin studiren wollen; und giebt es solche, die geneigt sind, weibliche Aerzte zu consultiren. Beides muß man mit ja beantworten: Seit etwa 20 Jahren studiren Frauen Medicin; seit etwa 20 Jahren sind Frauen als geprüfte Aerzte thätig, und in beiden Fällen haben sie sich bewährt. Darüber ist nur eine Stimme — nämlich im Auslande, Schweiz, Rußland, Frankreich, England und Amerika.

vativen, die sie andererseits selbständig aufstellen und durchzubringen versuchen werden, um auf dem Wege zum Bessern, den die Vorlage unbestreitbar einschlägt, noch weitere Fortschritte zu machen.

In diesem Sinne hat sich gestern die Dirschauer Versammlung, in welcher weit mehr conservativ Landwirthe waren, als jener oben erwähnte Redner, ausgesprochen. Möge dies auf fruchtbaren Boden fallen und Beherrigung finden auch bei den conservativen Großgrundbesitzern, deren eigenes Interesse ja in erster Linie auf dem Spiele steht, wenn es nicht gelingt, der socialdemokratischen Agitation auf dem Lande vorzubeugen. Aber dazu heißt es, schnell mit den gegenwärtigen Zuständen wenigstens in dem Geringeren brechen, was jetzt verlangt wird, sonst kann es leicht zu spät werden. Discrete moniti!

Cultusministerkrisis?

Zu den Mittheilungen der „Post“, daß Herr v. Goshler sich allerdings nach einer weniger auf-reichenden Thätigkeit sehnt und nach Verabschiedung des Schulgesetzes Oberpräsident in Königsberg werden möchte, während der jetzige Ober-präsident von Ostpreußen, Herr v. Schliekmann, dann sein Nachfolger als Cultusminister werden würde, bemerkt die „Elb. Corr.“: „Wir möchten annehmen, daß die „Post“ düpiert ist oder selbst düpiert wird. Herr v. Schliekmann hat f. 3. als Unterstaatssecretär im Ministerium des Innern Proben seiner Leistungsfähigkeit abgelegt, die seine Ernennung zum Cultusminister bei seiner extremen politischen und kirchlichen Stellung als ausgeschlossen erscheinen lassen. Im übrigen hat es mit dem Rücktritt Goshlers noch gute Weile, da derselbe die „Verabschiedung des Schulgesetzes“ abwarten will.“

Herstellung von Beamtenwohnungen.

Dem Vernehmen der „Pol. Nachr.“ nach haben sich sämtliche preussische Minister mit dem Plane der Herstellung von Beamtenwohnungen einverstanden erklärt und es sollen die einzelnen Ressorts in ihren verschiedenen Voten auch bereits die Kategorien der Beamten angegeben haben, für welche die Wohnungen beschafft werden sollten. Das Stadium, in welchem sich die ganze Angelegenheit gegenwärtig befindet, läßt vermuten, daß dem Landtage noch in seiner gegenwärtigen Tagung eine befriedigende Vorlage zugehen könnte.

Eine Erbschaft des Herrn v. Scholz.

Bekanntlich hat der Bundesrath in der Branntweinsteuer-Novelle mit der Abänderung des Gesetzes von 1887 eine Neuregelung des Eingangszolles verbunden. Nach dem bestehenden Gesetze beträgt der Zoll für Arrac, Cognac, Rum in Fässern 125, für anderen, Branntwein 180 Mk. Vom 1. April 1891 ab soll für allen aus dem Auslande eingehenden Branntwein ein Zoll von 150 Mk. erhoben werden. In der Begründung wird nach An-führung des § 44 des Gesetzes bemerkt:

„Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß im Sinne dieser Bestimmung nur echter Arrac, Cognac und Rum, d. h. im Wege der Destillation aus Reis bez. Wein und Rohrjuckerlast hergestellte Spirituosen auf den niedrigeren Zollfuß Anspruch haben, wogegen verfälschte oder durch künstliche Zusammenlegungen von Spiritus und Essenzen, Extracten oder Oelen hergestellte alkoholhaltige Producte, auch wenn sie das Ansehen und den Geschmack natürlichen Arracs, Cognacs und Rums erhalten haben, als nicht diesen Waren-gattungen zugehörige Branntweine zu behandeln sind. In der Praxis der Zollbehörden hat sich indeß die Unterscheidung echter und nachgemachter Waare als unausführbar erwiesen.“

Wer das liest, muß annehmen, daß der Reichs-

Und hiermit kommen wir auf den wunden Punkt der Frage: Die Veruche, ob Frauen studiren und practiciren können, sind nur im Auslande gemacht worden, nicht bei uns. Den ausländischen Regierungen genügt es zu sehen, daß Frauen erstlich Medicin studiren wollten, um den Lernenden die Universitäten zu öffnen, um den Fertigen Ausübung ihres Berufs zu gestatten, kurz, um bestehende Einrichtungen den neuen Bedürfnissen der Zeit anzupassen. Man machte das Experiment, als das nöthige Material sich bot. Bei uns wollen die staatlichen Einrichtungen dem Druck der öffentlichen Meinung und dem allgemeinen Bedürfnis noch nicht nachgeben; die im Auslande gemachten Erfahrungen sollen für uns nicht gelten; die Möglichkeit und Zulässigkeit des Experiments, ja seine etwaigen Folgen sollen bei uns erst theoretisch erörtert werden, ehe man zur praktischen Durchführung schreitet. Ob wohl auf diese Art Berthold Schwarz das Pulver erfunden hätte?

Nun stehen aber deutsche Frauen denen des Auslandes an Thätigkeit nicht nach; warum sollten ihnen also deutsche Universitäten verschlossen bleiben? Ihr Feingefühl und das der Ausländerin ist dasselbe; warum sollen sie dann nicht auch einen weiblichen Arzt consultiren können?

Diese Ueberlegung, daß die deutsche Frau doch eigentlich ein Recht hat, zu studiren, was sie will, zu treiben, was sie will und sich behandeln zu lassen, von wem sie will, hat nun den allgemeinen deutschen Frauenverein dazu veranlaßt, eine Petition an den Reichstag in Umlauf zu setzen mit der Bitte, „dahin zu wirken, daß das ärztliche Studium an deutschen Universitäten den Frauen sowie die Ausübung der Praxis den approbirten Aerztinnen freigegeben werde.“

Als Hauptbedenken gegen das ärztliche Studium der Frauen gilt wohl der Umstand, daß Männer und Frauen dies Studium zusammen treiben. — Dasselbe Bedenken sollte sich dann aber auch einstellen, wenn sich Frauen von Männern ärztlich behandeln lassen. Dem ist nicht so, weil wir an

tag bei der Festsetzung der Zollsätze einen ähnlichen Fehler begangen habe, wie bei der Ein-fügung der Reinigungsklausel in das Gesetz. Aber nichts ist falscher als das. Der Zoll sollte die einheimischen Branntweinbrennereien schützen. Die Regierungsvorlage von 1887 hatte, wie das auch wieder seitens des Bundesraths geschieht, einen einheitlichen Zollfuß von 150 Mk. beantragt. Die Reichstagscommission aber hielt es für notwendig, die Interessen der einheimischen Eiqueurfabrication wenigstens etwas zu berücksichtigen und schlug deshalb vor, den für diese Industrie unentbehrlichen gewöhnlichen Cognac u. f. w. mit dem niedrigeren Zollfuß von 125 Mark zu belasten, dagegen die in Flaschen eingehenden feineren Cognacs mit dem Zoll von 180 Mk., weil die Consumenten dieser Waare gegen die entsprechende Preissteigerung unempfindlich sein würden. Von einer Unterscheidung zwischen echtem und unedem Cognac ist weder in der Commission noch im Plenum auch nur mit einer Silbe die Rede gewesen. Finanzminister v. Scholz hat in der Commission den Antrag Buhl (125 bez. 180 Mk.) nur deshalb bekämpft, weil er fürchte, derselbe werde die Wirkung haben, daß die feinen französischen Cognacs u. f. w. künftig zu dem niedrigeren Satze in Fässern eingeführt werden würden. Auf den Gedanken, zwischen echtem und unedem Branntwein zu unterscheiden, ist Finanzminister v. Scholz erst im Mai 1888 verfallen, indem er lediglich im fiscalischen Interesse anordnete, daß der leicht gefälschte oder gefärbte Cognac (mit einem festen Rückstande von mehr als 5 Proc.) als „unedt“ mit 180 Mk. versteuert werde. Der in dem technischen Gutachten des Reichsgesundheitsamts geführte Nachweis, daß es unmöglich sei, die Echtheit bez. Un-echtheit von Cognac, Rum und Arrac im chemischen Wege festzustellen, trifft demnach nicht das Gesetz, sondern den Scholz'schen Erlaß von 1888. Die „politische Schwierigkeit“, welche durch die Abänderung des Gesetzes beseitigt werden soll, ist außerhalb des Gesetzes in Preußen herbeigeführt worden und kann auch ohne Abänderung desselben aus dem Wege geräumt werden. In Bayern, Hamburg u. f. w. besteht diese „Schwierigkeit“ garnicht, da diese Staaten die Scholz'sche Praxis nicht angenommen haben. Dem jetzt wiederholten Vor-schlag, den Zoll auf Cognac, Arrac, Rum in Fässern von 125 auf 150 Mk. zu erhöhen, stehen dieselben Bedenken wie 1887 entgegen. Der Berichterstatter der Commission, Abg. Camp, führte damals bei der 2. Verathung des Gesetzes aus, die Commission erkenne ein Bedürfnis an, für Arrac, Rum, Cognac ermäßigte Sätze einzuführen, und war mit Rücksicht darauf, daß diese Artikel von den einheimischen Eiqueurfabricanten gewissermaßen als Rohstoffe gebraucht würden. Es würde die in-ländische Eiqueurfabrication erheblich geschädigt und in ihrer Concurrenzfähigkeit im Auslande be-einträchtigt werden, wenn für diese Artikel erhöhte Sätze eingeführt würden. Die Erfahrung hat bewiesen, daß ein höherer Zollfuß als 125 Mk. nicht nothwendig ist, um den deutschen Branntwein gegen die Concurrenz des ausländischen zu schützen. Um so weniger liegt ein Anlaß vor, die Rücksicht auf die einheimische Eiqueurfabrication jetzt bei Seite zu setzen.

Der Reichstag kann auch diesen Vorschlag des Bundesraths um so ruhiger ablehnen, als es sich hier nur um eine Erbschaft aus der Zeit des Herrn v. Scholz handelt und er durchaus com-petent ist, zu erklären, daß mit der verschiedenen Besteuerung von Cognac u. f. w. in Fässern und in Flaschen ein Schutz gegen die Einfuhr unechten

diese Sachlage gewöhnt sind. Es ist aber nicht alles gut, wie es ist: bleiben die Dinge nun beim Alten, so werden viele Frauen mit ausgeprägter Befähigung zum ärztlichen Beruf um ihre beste Entwicklung gebracht, und eine noch größere Zahl leidender Frauen und Kinder verliert ihre besten Helfer. Und da scheint es mir doch vorzuziehen, es nehmen Einige ernstlichen Sinnes etwaige Unannehmlichkeiten in Kauf, als daß den Vielen nicht geholfen werde. Die studierende Frau trägt das Interesse an der Wissenschaft über Peinliches fort; die leidende Frau bleibt immer Person.

Immerhin darf die Petition nicht so verstanden werden, als dächte man weibliche Aerzte ganz an Stelle der männlichen zu schieben. Es soll niemand gezwungen werden, sich an eine Frau zu wenden, wenn er lieber einen Mann zu Rathe zieht. Umgekehrt soll aber auch die Möglichkeit dafest sein, sich einer Frau anzuvertrauen, wenn dies für besser gehalten wird. Es soll nur freie Bahn und freie Wahl gegeben werden, dann werden sich die Dinge von selber ins Gleichgewicht schütten, jedes Geschlecht wird seine Thätigkeit an seinem Platze bewahren, und die Gesellschaft im ganzen besser dabei fahren. Um dieser Petition Gehör zu verschaffen, bedürfte es 50–80 000 Unterschriften. Diese Zahl darf nicht scheuen. Giebt es doch 23 Millionen Frauen im deutschen Reich, die wahrlich nicht weniger tüchtig und zartfühlend sind als die des Auslandes. Auch handelt es sich ja hier nicht um uns Frauen allein, sondern wir sind in dieser Frage der Zustimmung vieler Männer sicher. Und wenn alle, welche die Thätigkeit weiblicher Aerzte in Deutsch-land für wünschenswerth halten, unterzeichnen, so sollten wir vereint die 50 000 doch erreichen.“

Räthe Schirmacher.

*) Die Petition liegt in der Musikalienhandlung des Herrn Dieffen und der Buchhandlung des Herrn Scheinert zu näherer Einsicht und Unterzeichnung aus.

Cognacs nicht beabsichtigt war. Gegen Fälschungen wird der Importeur sich auch ohne Zollhebung zu schützen wissen.

Senatswahlen in Frankreich.

Zur Beratung über die Candidaturen für die am 4. Januar stattfindenden Senatswahlen hielten, wie aus Paris telegraphisch wird, die Wähler des Seine-Departements gestern eine Versammlung ab, in welcher der Ministerpräsident Freycinet und Frédéric Passy Wahlreden hielten. Letzterer betonte, daß er, falls er gewählt werde, sich namentlich mit den Zollfragen beschäftigen und das gegenwärtige System des Schutzes bekämpfen würde. Freycinet erklärte, er beantrage die Erneuerung seines Mandats als Senator, um das Werk der nationalen Verteidigung vollenden zu können, denn der Zeitpunkt sei noch nicht eingetreten, in welchem man von einer dauernden Herrschaft des Friedens sprechen könne. Irrend welche Beschlüsse wurden in der Versammlung noch nicht gefaßt.

Der Kampf unter den Iren.

Die aus Amerika zurückkehrenden irischen Abgeordneten William O'Brien und Giff trafen am 20. Juni in Boulogne ein, wo sie von Justin McCarthy, Sexton und anderen Mitgliedern der Anti-Parnellianer empfangen wurden. O'Brien pflog eine sehr lange Unterredung mit seinen politischen Freunden, aber er unterließ sich auch volle zwei Stunden mit dem aus Dublin eingetroffenen Redacteur des „Freemans Journal“, Dr. Byrne, der ihm voraussichtlich einen Bericht über die politische Lage in Irland vom Parnellianischen Gesichtspunkte aus erstattet hat. Den zahlreichen Vertretern der englischen Presse gegenüber, die ihn ausforschen wollten, verhielt sich O'Brien sehr zurückhaltend und erklärte, daß er sich erst über die Vorgänge in Irland seit seiner Abreise von Amerika gehörig orientieren müsse, ehe er einen Meinungsaustruck abgeben könne. Gegen Abend reiste O'Brien nach Paris weiter, wo er sich vorläufig aufhalten und in wenigen Tagen eine Unterredung mit Parnell haben wird. Vor seiner Abreise von Dublin erklärte Parnell im Verlaufe einer längeren Unterhaltung mit einem Vertreter der Presse, er hätte niemals auf einen Wahlsieg in Athen gerechnet. Die große Stimmenmehrheit des antiparnellianischen Candidaten sei der clericalen Beeinflussung der Wähler sowie auch dem Umstande zuzuschreiben, daß die protestantischen konservativen Wähler sich der Abstimmung enthielten. Nach seiner Rückkehr von Paris bald nach Neujahr würde er seinen Redefeldzug in Irland wieder aufnehmen. Schließlich stellte Parnell entschieden in Abrede, daß er sich mit revolutionären Plänen trage und wieder an die physische Gewalt zu Gunsten der Forderungen Irlands appellieren wolle.

Seit den jüngsten Vorgängen in Irland und der Spaltung in den Reihen der irischen parlamentarischen Partei fängt in Amerika das jenseitige Element an, sich wieder bemerkbar zu machen. Die Clan na Gael Vereine glauben, das irische Volk sei bereit, unter Parnells Führung behufs Durchsetzung seiner Forderungen wieder zur physischen Gewalt seine Zuflucht zu nehmen, worin sie freilich von Parnell selbst eines Besseren belehrt werden.

In der rumänischen Deputiertenkammer

wurde in der vorgestrigen Sitzung der Adressenentwurf mit 69 gegen 45 St. angenommen. Die Adresse sollte dem König gestern überreicht werden. Gleichzeitig wurde im Senat bei Gelegenheit der Adressenabgabe die Gesegenshaft der Opposition, den König in die Debatte zu ziehen, obgleich ein verantwortliches Ministerium bestünde, von dem Ministerpräsidenten bekämpft. Letzterer constatirte bei diesem Anlaß, daß das Ministerium auch nach dem Ausritt Catargis nicht weniger conservativ sei als früher.

Das Tagebuch Jamesons.

In London ist das Tagebuch Jamesons mit einer Vorrede von dessen Witwe und Bruder herausgegeben worden. Bekanntlich wurde der Afrikareisende Jameson von Stanley und seinen Freunden beschuldigt, er habe ein Negermädchen abkneipen und verschleppen lassen, um eine naturgetreue Skizze der Abkneipung, des Gastmahls und der Vorbereitungen zu demselben aufnehmen zu können. Das Tagebuch nun zeigt Jameson als einen milden, lebenswürdigen Charakter, rückt die Kannibalenepisode in ein günstigeres Licht, stellt Stanley als den Hauptverursacher dar und erzählt aus dem Munde von Sanjibaritis, daß Stanley einstmal einen Säugling ins Wasser werfen ließ. Das Tagebuch schildert die Kannibalenismen fast wörtlich so, wie der Brief Jamesons an das Emin-Comité.

Deutschland.

Berlin, 27. Dezember. Kaiser Wilhelm hat an den Magistrat und die Stadtverordneten zu Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

„Das frohe Ereignis in meiner Familie, durch welches Gottes Gnade mir als glücklichste Gabe zu dem bevorstehenden segenspendenden Fest den sechsten Sohn beigesetzt hat, ist, wie ich zu meiner Freude wahrnehmen habe, auch von der Berliner Bürgerschaft in warmer Weise begrüßt worden. Als einen bereiten Ausdruck dieser freudigen Anteilnahme habe ich die Adresse des Magistrats und der Stadtverordneten meiner Haupt- und Residenzstadt mit besonderer Befriedigung entgegengenommen, in welcher aus diesem Anlaß für mich und meine Gemahlin sowie den Neugeborenen tiefempfundene Glück- und Segenswünsche bargebracht werden. Für diese erneute Rundgebung treuer Gefinnung und Anhänglichkeit spreche ich meinen aufrichtigen Dank aus.“

Berlin, den 24. Dezember 1890.

Gez. Wilhelm R.

* [Prinz Friedrich Leopold], der Schwager unseres Kaisers, ist am Weihnachtstage zum Major befördert worden.

* Die commandirenden Generale sämtlicher Armee-corps werden in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen, um am Neujahrstage an der Glorionscours bei dem Kaiser im Schloß Theil zu nehmen.

* [Ein Mitglied des 1848er Frankfurter Parlaments.] Am 24. Dezember starb in Kornenburg unweit Wien wieder ein ehemaliges Mitglied des Frankfurter Parlaments, der Generaldirector der österreichischen Nordwestbahn, Hofrath Dr. Robert Groß. Von 1867 bis 1871 und 1880 bis 1885 gehörte er als liberales Mitglied dem österreichischen Abgeordnetenhaus an.

* [Gerichtsentscheidung der Telegraphengebühren.] Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, betreffend die Ermäßigung der Telegraphengebühren im Verkehr mit Schweden, Norwegen, Griechenland und Bulgarien vom

1. Januar nächsten Jahres ab. Diese erfreuliche Verkehrsvereinfachung ist eine Folge der Beschlüsse des im Laufe dieses Jahres in Paris vereinigt gewesenen Telegraphen-Congresses. Aehnliche Erleichterungen werden in Folge dieses Congresses auch noch im Telegraphenverkehr mit Frankreich, Rußland, Spanien und Portugal eintreten und zwar zum 1. Juli 1891, da die bezüglichen Ratifikationen nicht eher herbeigeführt werden können. — Das ist alles recht schön und gut; besser aber wäre es noch, wenn die Telegraphengebühren im Inlande herabgesetzt würden.

* [Die Einnahmen der Post- und Telegraphen-Verwaltung.] Haben für die Zeit vom Beginn des Etatsjahres bis zum Schluß des Monats November betragen: 146 085 180 Mk. (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres + 6 609 245 Mk.); die Einnahmen der Reichs-Eisenbahn-Verwaltung haben betragen: 38 034 000 Mk. (+ 2 113 000 Mk.).

* [Logen-Centrum.] Der „Saale-Zeitung“ zufolge sind zwischen den Hauptlogen des Continents auf Initiative des Prinzen von Schöndorff-Verhandlungen eingeleitet behufs Schaffung eines einheitlichen leitenden Centrums. Man beabsichtigt, für die gesamte Freimaurerei einen obersten Rath ins Leben zu rufen, welcher zwischen den verschiedenen Landeslogen eine engere Fühlung vermitteln soll. Einer der Delegirten des Prinzen Carolath, welche gegenwärtig in Rom, um sich mit dem dortigen Großmeister des Grande Oriente darüber zu verständigen. Die europäischen Logen wollen in dieser Beziehung die amerikanische Maurerei nachahmen, welche 1892 in Chicago zu einem glänzenden Congress zusammengetreten wird, um die seit der Entdeckung Amerikas verflochtenen vier Jahrhunderte gebührend zu feiern. Bis dahin soll dort ein Riesen-temple von 88 Meter Höhe mit 14 Stockwerken als maurisches Universalhotel errichtet werden.

* Aus Schießen, 26. Dezember, wird der „Post. Ztg.“ geschrieben: Seitdem die Zellerfahrungen, durch deren Ertrag die Kosten der Socialisten-Versammlungen gedeckt zu werden pflegen, verboten sind, wird öfters ein Eintrittsgeld von 10 Pf. zu demselben Zweck erhoben. Jetzt wird, wie aus Schießen gemeldet wird, auch die Erhebung eines Eintrittsgeldes polizeilich verboten. Die Polizeibehörde in Schießen hat das Ansuchen von gedruckten Anhängungen einer öffentlichen Arbeiter-Versammlung, zu welcher auch Frauen Zutritt haben sollten, mit der Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter. 2. Gründung eines Arbeitervereins, verboten und gleichzeitig die Befreiung von Frauen, sowie die Erhebung des Eintrittsgeldes unterlag.

□ Posen, 28. Dezember. Der Magistrat und das hiesige Stadtverordneten-Collegium hatten (allerdings gegen die Stimmen der polnischen Stadtverordneten) am 10. Dezember im Anschluß an die bekannte Frankfurter Petition betreffs Beibehaltung der Simultan-schulen eine dahin zielende Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet. Von katholischer und polnischer Seite war nun infolgedessen zu heute eine Volksversammlung einberufen worden, um gegen diese Petition zu protestieren. Diese polnische Versammlung beschloß, auch einen solchen Protest an das Abgeordnetenhaus abgeben zu lassen, „damit es ja nicht erscheine, als ob der Magistrat und die Stadtverordneten die Mehrheit der Posener Bevölkerung repräsentirten“. Zugleich wurde der Vorstand der Versammlung beauftragt, diesen Protest in den Kreisen der katholischen Bürgerschaft circuliren zu lassen, damit er mit möglichst vielen Unterschriften beedacht dem Abgeordnetenhaus überreicht werden könne.

Detmold, 27. Dezember. Die Regierung machte dem Landtage Gesetzesvorlagen, nach welchen Steuerpflichtige, deren Einkommen 1500 Mk. nicht übersteigt, von dem für jedes schulpflichtige Kind zu zahlenden Schulgelde von 5 Mk. für die Jahre 1891 und 1892 befreit sein sollen.

* Aus Sachsen, 26. Dezbr., schreibt man der „Post. Ztg.“: In einer Verhandlung vor dem Dresdener Amtsgericht wurde unlängst festgestellt, daß eben so wie anderwärts im „gemüthlichen“ Sachsen, auch in der Dresdener städtischen Arbeitsanstalt heute noch die Prügestrafe gehandhabt wird. Der Director dieser Anstalt, welcher in der erwähnten Verhandlung als Zeuge verhört wurde, mußte zugestehen, daß auf seine Veranlassung einem Säugling wegen widerspenstigen Benehmens 15 Hiebe aufgezählt worden sind.

* Aus Württemberg, 25. Dezember. Die Zahl der Unterschriften gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes beläuft sich jetzt, der „A. Z.“ zufolge, auf 94 000, wozu noch so viele kommen werden, daß die 100 000 überschritten werden. Um weißt rund 2800, Stuttgart mit den Vororten etwa 6000 auf; in manchen Gemeinden des Landes fehlt fast kein Mann. Auch Männer von katholischer Confession in hohen Stellungen haben unterschrieben, wie überhaupt von katholischen Unterzeichnern häufig berichtet wird.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. Dez. Der Minister des Innern hat ein Verbot der sog. „Gemeinde-Sammlungen“ erlassen, da bei dieser Art von Sammlungen die Behörden außer Stande sind, die bestimmungsmäßige Verwendung der gesammelten Beträge zu überwachen.

Serajewo, 27. Dez. Gestern wurden aus dem unter dem Protectorat der Gemahlin des Landeshepts v. Appel stehenden Sammelfonds an 1000 Arme, zumest Mohamedaner, Holz und Brod vertheilt. Der Landeshept sowie der Bürgermeister waren bei der Vertheilung zugegen. — Aus Doljatska (Bosnien) wird gemeldet, die Förderung der ersten Million Cerner Kohlen aus den dortigen Werken wurde festlich begangen. Die Arbeiter, zumest Einheimische, veranstalteten vor dem Konak eine Donatitätskundgebung. An dem darauf folgenden Arbeiterfeste nahmen 480 Arbeiterfamilien Theil. Abends fand ein Festmahl statt, bei welchem der Kreisvorsitzer den ersten Toast auf den Kaiser ausbrachte. Der serbische Notable Johannovic brachte einen Toast auf den Minister von Kallay aus, in welchem er betonte, es sei die Pflicht jedes bosnischen Patrioten, kräftig mitzuwirken, da das gegenwärtige Regime heute schon alle Gegner besiegt habe. Schließlich toastete der türkische Musti auf die Landesregierung. (W. Z.)

Frankreich.

Paris, 27. Dezember. Dem „Coir“ zufolge votirte der Municipalrath einen Credit von 15 Millionen Francs für die Anlage einer Wasserleitung, welche das Wasser aus den Quellen von Digne und Verneuil nach der Hauptstadt leiten soll. (W. Z.)

Paris, 27. Dezbr. In der nächsten Sitzung des Parlaments soll den Abgeordneten zufolge ein von dem Reichsminister Herbet verfaßter Bericht über die Arbeitsverhältnisse in Deutschland vertheilt werden.

Nach Meldungen aus St. Louis (Senegambien) ist Oberst Ardinard mit der Expeditionscoronne von Kontakary nach Moro abmarschirt, wo sich der Scheik Ahinadu angeblich mit 15 000 Mann befindet. (W. Z.)

Italien.

Rom, 27. Dezember. Alle Zeitungen widmen Schiannan in längeren Artikeln ehrende Nachrufe. „Dritto“ sagt, Italien werde Schiannan alle Ehren erweisen, welche er in so hohem Grade verdiene. (W. Z.)

— Wie verlautet, wird das nächste Consistorium im Februar stattfinden und in demselben nur ein Cardinal, und zwar der Patriarch von Jerusalem, ernannt werden. — Sonntag, Montag und Dienstag nimmt der Papst die Neujahrs-Glückwünsche des diplomatischen Corps entgegen. (W. Z.)

Spanien.

Madrid, 27. Dezember. Der Regierung sind aus allen Theilen des Landes anläßlich der Veröffentlichung der neuen Zollverfügungen sehr zahlreiche Zustimmungsbündelungen zugegangen. — Die Auflösung der Cortes wird Sonntag erfolgen. (W. Z.)

Amerika.

* [Ein Präsidentenwechsel] hat in Nicaragua stattgefunden, wo der bisherige Präsident der Republik Nicaragua sein Amt an Ignacio Chaney übergeben hat.

Von der Marine.

* Der Kreuzer „Möve“ (Commandant Corvetten-Capitän v. Galsen) ist am 26. Dezember cr. in Port Said eingetroffen und beabsichtigt am 27. d. M. nach Aden in See zu gehen.

Am 30. Dezbr.: Danzig, 29. Dez. M.-A. 8.12. C.-A. 8.22. U. 3.43. Bessere Aussicht für Mittwoch, 31. Dezember, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Frost, rauher Wind. Wolkig, vielfach heiter. Für Donnerstag, 1. Januar 1891: Nebel, trübe; Frost, rauher Wind.

* [Verhandlung über die Landgemeindevorordnung.] Im Hotel zum Kronprinzen in Dirschau fand gestern Abend unter dem Vorsitz des Hrn. Dau-Hofenstein eine Versammlung zur Besprechung der Landgemeindevorordnung statt, an welcher auf Einladung der Veranstalter auch der Abg. Richter theilnahm. Die Versammlung, zu welcher ungefähr 200 Landwirthe, die den verschiedensten politischen Parteien angehörten, erschienen waren, eröffnete der Vorsitzende mit einem Referat über den dem Landtage vorliegenden Entwurf einer neuen Landgemeindevorordnung, die für die Landwirthe das wichtigste der geplanten Reformgesetze sei und direct an die Stein-Gardenberg'sche Gesetzgebung am Anfang dieses Jahrhunderts anknüpfe. Der Hauptpunkt des Gesetzes sei der § 2, der leistungsfähige Gemeinden, die im Stande seien, die ihnen zufallenden Aufgaben in Bezug auf Schule, Wegebau und Armenwesen ohne fremde Hilfe zu erfüllen, schaffen wolle und zu diesem Zweck die Bestimmung enthalte, daß bei dem Widerspruch der Betheiligten durch hgl. Erlaß Gutsbesitzer und Landgemeinden zusammengelegt werden könnten, sobald die Vereinigung im öffentlichen Interesse liege. Der Redner ging demnach auf den Widerspruch näher ein, den die letztere Bestimmung in der Commission des Abgeordnetenhauses gefunden habe. Man wolle den königlichen Erlaß beiseite lassen und dem Kreisaußschusse die Befugniß übertragen, über die Zusammenlegung von Zwerggemeinden zu bestimmen. Redner legte dar, daß bei der herrschenden mangelhaften Wahlordnung in den Kreisaußschüssen die Großgrundbesitzer, in deren Interesse eine Zusammenlegung von Gutsbezirken und Landgemeinden vielfach nicht liege, fast stets die Mehrheit hätten. Redner sprach sich ferner für eine weitere Ausdehnung des Wahlrechts in der neuen Gemeindevorordnung aus. Das Wahlrecht würde schon durch die Bestimmung eingeschränkt, daß $\frac{2}{3}$ der Gemeindevorsteher Grundbesitzer sein müßten und daß die Wähler, wie bei der Landtagswahl, in Klassen eingetheilt würden. Es werde dabei wahrscheinlich oft der Fall eintreten, daß ein einziger Wahlmann drei Gemeindevorsteher ernenne. Eine Ausdehnung des Wahlrechts über die Bestimmungen der Vorlage hinaus sei daher empfehlenswerth. Bedenklich seien ihm ferner die Bestimmungen über die Verfassung der Bestätigung der gewählten Gemeindevorsteher und Schöffen, welche dem Landrath unter Zustimmung des Kreisaußschusses zustehen solle. Er würde wünschen, daß in dem Gesetze eine Bestimmung aufgenommen würde, nach welcher die Gründe für eine erfolglose Nichtbestätigung angegeben werden müßten. Den Gemeindevorsteher würden so viele Aufgaben überwiesen, daß es sehr wohl möglich sei, leistungsfähigen und gut verwalteten Gemeinden die Befugnisse der Amtsvorsteher zu verleihen und die Ausübung der niederen Polizei den Gemeinden zu überweisen. Da der Amtsvorsteher vielfach weitab wohne und nicht immer zu Hause angetroffen werde, so liege es auch in dem Interesse der Sache, daß der Gemeindevorsteher schleunige Polizeisachen selbständig erledigen könne. Ueber den weiteren Gang der ca. 3 $\frac{1}{2}$ stündigen Verhandlungen entnehmen wir den Aufzeichnungen unseres Berichterstatters folgendes:

Abg. Richter, von der Versammlung freundlich begrüßt, bezeichnete als den Hauptzweck seines Erscheinens den Wunsch, die Meinung der hier versammelten Landwirthe über ein Gesetz zu hören, welches ihnen so außerordentlich nahe geht. Es sei die Pflicht der Landbesitzer, zu diesem einschneidenden Gesetze rechtliche Stellung zu nehmen und ihre Wünsche und Anghewungen zum Ausdruck zu bringen. Gesetze das nicht, so würde sich der Fehler rächen, wenn das Gesetz fertig sei. Er wolle einige Fragen zur Discussion stellen, um über diese einen Austausch der Meinungen herbeizuführen. Die Hauptfrage sei: Soll es bei der gegenwärtigen Gemeindevorstellung bleiben oder nicht? Der Redner gab eine historische Entwicklung der heute bestehenden Verhältnisse und kennzeichnete den Standpunkt, den die einzelnen politischen Parteien dem Gesetz und den Beschlüssen der Commission gegenüber eingenommen haben. Es müßten auf dem Lande geregelte Verhältnisse geschaffen werden, da es dort schlimmer sei als in der Stadt. Die Verfassung müsse zunächst sich über die Frage schlüssig machen, ob sie das Recht zur Zusammenlegung von Gemeinden der Krone oder dem Kreisaußschusse übertragen wolle. Ueber die Frage der Zweckverbände wolle er sich nicht auslassen, da dieselben sehr gut, aber auch sehr schlecht wirken könnten. Es könne mit den Zweckverbänden so gehen, wie mit den Amtsbezirken, welche ihren Zweck verfehlt hätten.

(Zustimmung.) Die Regierung gehe sehr vorsichtig vor, denn von 16 500 Gutsbezirken in den 7 städtischen Provinzen seien nur 1673 zur zwangsweisen Vereinigung bestimmt.

Nachdem der Vorsitzende nunmehr zunächst die Frage formulirt hatte, ob die Versammlung sich für die Vorlage der Regierung oder für die Beschlüsse der Commission erklären wolle, entspann sich eine lebhaftige Discussion, in welcher Herr Brand die gegenwärtigen Zustände vertheidigte und den Einwand machte, daß es sehr schwer werden würde, Gemeindevorsteher zu finden, welche im Stande seien, den gestellten Anforderungen zu entsprechen. Der Amtsvorsteher sei eine ganz gute Mittelperson und er würde gegen die Bestätigung derselben sein. Von anderer Seite wurde dagegen auf die Nachteile hingewiesen, welche den heutigen Gemeinden durch die Schul- und Armenlasten erwachsen, indem die benachbarten Güter die jungen kräftigen Leute zur Arbeit annehmen, die arbeitsunfähig gewordenen jedoch der Armenpflege der Gemeinden überlassen; es wurden hierfür eine Reihe von Beispielen namhaft gemacht. Die Abstimmung ergab dann, daß die Versammlung mit großer Majorität sich für die Regierungsvorlage erklärte.

Die Versammlung ging demnach auf die Bestimmungen betreffend das Wahlrecht zur Gemeindevorstellung über. Der Abg. Richter erläuterte die Nothwendigkeit einer einheitlichen und geregelten Landgemeindevorstellung. Die Gemeindevorstellung, welche heute in corpore ihre Angelegenheiten erledige, beruhe zwar auf einem urdemokratischen Princip, würde sich aber schon aus dem Grunde nicht durchführen lassen, weil es in den meisten Fällen an geeigneten Lokalen für die Versammlungen fehle. Sehr wesentlich sei die Frage der Wahlberechtigung. Es gebe heute in Preußen ungefähr eine Million berechnete Gemeindevorsteher, deren Zahl durch das Gesetz um 110 000 vermehrt werde. Ihm scheine es, daß das Gesetz noch nicht weit genug gehe. Aengstlichkeit sei nicht am Platze, denn schließlich werde doch immer der Tüchtigste den meisten Einfluß haben. Außerdem gebe es sehr viele Sicherheitsventile, denn $\frac{2}{3}$ der Gemeindevorsteher müßten Grundbesitzer sein, und außerdem gebe die Klassenwahl den Besten das Uebergewicht. Die Socialdemokratie würde dann erst Einfluß gewinnen, wenn die Besitzer ihr beizutreten seien. Er würde durchaus nichts dagegen haben, wenn das Wahlrecht zur Gemeindevorstellung so construiert würde, wie das zum preussischen Landtag. Er bitte die Versammlung, ihre Meinung darüber auszusprechen, ob die Vorlage der Regierung genüge, oder ob das Wahlrecht erweitert oder beschränkt werden solle. In der Discussion hob Herr Dau hervor, daß es sich hier namentlich darum handle, ob die in den Gemeinden anwesenden Handwerker wahlberechtigt sein sollten oder nicht. Er würde es für billig halten, wenn ihnen das Wahlrecht gewährt würde. Gegen ihn wandte sich Herr Brand, der einen Steuerfuß von 9—12 Mk. verlangte, und Herr Feiler, welcher sich dagegen erklärte, daß die Besitzer von den von ihnen abhängigen Leuten controlirt würden. Sehr entschieden sprach sich Herr Pfarrer Funk gegen diese Ansichten aus und erklärte das Gesetz für sehr nützlich und gemäßigt. Durch Verlesung des Wahlrechts würden die Leute der Socialdemokratie in die Arme getrieben. Es sei die höchste Zeit, daß den Leuten etwas gewährt werde. Er habe die Erfahrung gemacht, daß die Besitzer eine gewisse Angst vor der Betheiligung ihrer Leute an dem öffentlichen Leben hätten. Diese Angst sei unbegründet, denn der Grundbesitz werde doch immer die führende Stellung behalten. Er glaube, daß im Laufe der nächsten Jahre noch viel mehr Rechte gegeben werden müßten. Auch der Abg. Richter warnte vor der Verfassung über Ausdehnung der Wahlberechtigung, da es völlig ausgeschlossen sei, daß die Grundbesitzer, die immer wenigstens zwei Drittel der Gemeindevorstellung ausmachen müssen, majorisirt werden könnten. Herr Honrich erklärte zwar, die Landgemeindevorstellung sei ein Bedürfnis der Zeit, sprach sich aber dagegen aus, daß die Arbeiter auf dem Lande das Stimmrecht erhielten. In der Abstimmung erklärte sich die Majorität für eine Erweiterung des Stimmrechts, so daß alle diejenigen wahlberechtigt sein sollen, welche ein Grundstück besitzen, ohne Rücksicht darauf, welchen Grundsteuerbetrag dasselbe hat, und alle diejenigen, welche zu einer fingirten Steuer von 3 Mk. veranlagt sind.

Als dritter Punkt wurde die Frage der offenen oder geheimen Abstimmung bei den Wahlen zur Gemeindevorstellung erörtert. Herr Dau-Hofenstein glaubte zwar dieser Frage keine entscheidende Bedeutung beilegen zu sollen, weil er selbst es niemals einem seiner Leute verdonke, wenn derselbe seine Stimme gebe, gab aber zu, daß, wie von verschiedenen Seiten hervorgehoben wurde, die Verhältnisse anderswo, namentlich in Ostpreußen und Pommern, ganz anders und weniger schön seien, so daß auch er für die geheime Wahl stimmte. Besonders trat Herr Richter für die geheime Abstimmung ein, u. a. mit dem Hinweis darauf, daß man ein Recht, welches man verleihen, auch voll und ganz und dertat verleihen müsse, daß jeder vollen und freien Gebrauch davon machen könne. Mehrere Redner, namentlich Herr Behnenbürger, traten auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen diesen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen bei, und mit großer Majorität wurde eine die geheime Wahl befürwortende Resolution angenommen.

Die vierte Frage, die zur Berathung gelangte, war die der Nichtbestätigung der gewählten Gemeindevorsteher und Schöffen, zu welcher gleichfalls mehrere Theilnehmer das Wort ergriffen. Nach der Vorlage braucht bei einer Nichtbestätigung der Grund hierfür nicht angegeben zu werden. Die Versammlung nahm dagegen einen Antrag an, welcher zu dem betreffenden Paragraphen den Zusatz verlangte: „Die Bestätigung darf nicht ohne Angabe der Gründe verweigert werden.“

Als fünfter und letzter Punkt wurde die Frage erörtert, ob die leistungsfähigen und gut geregelten Gemeinden auf ihren Antrag aus den Amtsbezirken auscheiden könnten. Dies wurde allseitig bejaht und eine entsprechende Resolution angenommen mit dem Princip, daß überhaupt die Ortsvorsteher so viel als irgend möglich die niedere Polizei übertragen erhalten sollen.

Darauf wurde die Debatte über die Landgemeindevorordnung selbst geschlossen und eine Commission, bestehend aus den Herren Dau-Hofenstein, Grothe-Gr. Lichtenau, Dr. Mann-Liebshau, J. Peters-Nickelswalde, Raabe-Dirschau und Th. Tornier-Gr. Lichtenau, gewählt, welche die gefaßten Beschlüsse redigiren und dem Abgeordnetenhaus überreichen soll. Auf Anregung des Herrn Behnenbürger soll ferner auf einer Versammlung der landwirtschaftlichen Vereine aus dem Werder, die am 6. Januar in Tegenhof stattfinden und sich mit der Landgemeindevorordnung beschäftigen wird, die Frage erörtert werden, ob es sich empfiehlt, eine entsprechende Petition an das Abgeordnetenhaus zu richten. Herr Abg. Richter dankte zum Schluß der Versammlung für ihre Arbeit und sprach seine Freude darüber aus, daß es möglich gewesen sei, auf neutralem Boden auch mit politisch Andersdenkenden eine sachliche Discussion zu führen. Er hoffe, daß es nicht das letzte Mal gewesen sei, daß sich Angehörige der verschiedensten politischen Parteien zu gemeinsamer Arbeit vereinigt hätten. Herr Pfarrer Funk, der erklärte, daß er nicht liberal sei, stimmte dem Abg. Richter vollständig bei, und auch Herr Honrich-Sunzenborf sprach ihm seinen Dank für sein Erscheinen und verständliches Wirken aus. Mit einem dreifachen Hoch auf den Abg. Richter schloß darauf die anregende Versammlung, die hoffentlich nicht ohne gute Früchte und Nachahmung bleiben wird.

Nöddner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- Theil
den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseraten-
1: A. W. Kafemann, sämmtlich in Danzig.

פער Heute Abend 5 Uh
 erhalte ganz bestimm
 schwere fette Schmalz-Gänse, no
 viel besser wie gehabt. Pachmann
 Tobiasgasse 25. (994)

Fr. Nienh
Düss
Käuflich überall in d
Br
General-Vertre

anche.
ter: Rich. Olwig. (972


HOCOLADE von
 M. 1.25 an aufwärts ½ Kilo gut für 16 Tassen
GEBRÜDER STOLWERCK
 ½ K. Dose 3 M.
CAAO
 ½ K. gut für 100 Tassen.
 Dampfheideich 580 Werdohl
 32 Gold. Silber. Medaillen
 26 Kass. Kamml. Etc.
 Hordrupps
 Alleinige Fabrikanten von Dr. Michaelis' Eichel-Cacao.

Fest-Concert.
C. Bodenburg.

— 508 —